

beitslosigkeit signifikant abzubauen. Es wird auch eine Erhöhung der Beschäftigungsintensität des Wachstums notwendig sein, z. B. durch Ausweitung arbeitsintensiver Dienstleistungen.

Während die Zahl der Arbeitsplätze weiterhin von der wirtschaftlichen Dynamik abhängt, hat sich die Arbeitslosigkeit teilweise von der Beschäftigungsentwicklung abgekoppelt. Die Erfahrung zeigt, daß das Arbeitsangebot in Österreich stark im Konjunkturverlauf schwankt: Im Abschwung dämpft der Rückzug von Erwerbstätigen den Anstieg der Arbeitslosigkeit; im Konjunkturaufschwung geht die Arbeitslosigkeit jedoch nur langsam zurück, weil zusätzliche Arbeitskräfte – insbesondere Ausländer und Frauen aus der stillen Reserve – auf dem Arbeitsmarkt auftreten.

Die rapide Erhöhung des Angebots an ausländischen Arbeitskräften, nicht zuletzt in Folge der Ostöffnung, zu Beginn der neunziger Jahre hat gezeigt, welche Spannungen eine sprunghafte Angebotssteigerung nach sich ziehen kann: insbesondere Abbau von älteren inländischen Arbeitskräften und steigende Arbeitslosigkeit von bereits ansässigen Ausländern. Die künftige Ausländerbeschäftigungspolitik ist daher so zu gestalten, daß negative Effekte auf die Arbeitslosigkeit vermieden werden (geordneter Zugang).

Schließlich sind die regionalen Unterschiede in den Arbeitslosenquoten sehr hoch. Notleidende alte Industriegebiete und ländliche Regionen sind besonders betroffen. Die wirtschaftliche Integration führt zu einer Verschärfung der regionalen Disparitäten und damit zu einer steigenden Bedeutung der Regionalpolitik.

1.3. Hohe Dynamik des österreichischen Arbeitsmarktes

Die Dynamik des österreichischen Arbeitsmarktes ist größer, als vielfach angenommen wird. Selbst bei unveränderter Gesamtbeschäftigung gehen pro Jahr mehr als 100.000 Arbeitsplätze durch Beschäftigungsabbau in schrumpfenden Betrieben und durch Stilllegungen verloren, gleichzeitig entstehen 100.000 neue Arbeitsplätze. Zu etwa zwei Dritteln vollziehen sich die Arbeitskräfteumschichtungen innerhalb der einzelnen Branchen.

Nicht nur die zwischenbetriebliche Mobilität ist in Österreich relativ hoch, auch der Wechsel zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ist häufig – selbst wenn man saisonale Bewegungen ausschaltet. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist auch durch steigende „Sucharbeitslosigkeit“ mitverursacht.

1.4. Schattenwirtschaft

Die Schattenwirtschaft (widerrechtliche Nichtanmeldung bei der Sozialversicherung, Schwarzarbeit, Pfusch, Geschäfte ohne Rechnung) stellt eine unfaire Konkurrenz für Betriebe wie Arbeitnehmer dar. Insbesondere kleine und mittlere Betriebe sind weniger dem globalen Wettbewerb als der Konkurrenz der Schattenwirtschaft ausgesetzt.

Durch die Kapitalmobilität wurden die Möglichkeiten der Steuerumgehung wesentlich erhöht. Der Versuch der Kompensation der steuerlichen Ausfälle

via Besteuerung des relativ immobilen Faktors Arbeit ließ die Belastung der Arbeit im Vergleich zu den übrigen Produktionsfaktoren steigen. Die gegebene Steuer- und Abgabenlast ist sowohl für den Anbieter wie auch für den Nachfrager von Dienstleistungen das entscheidende Motiv, sich im Bereich der Schattenwirtschaft zu betätigen. Strengere Kontrollen alleine können hier keine Abhilfe schaffen. Bei einer etwaigen Entlastung des Faktors Arbeit muß jedoch auch auf die Frage der Finanzierung des Sozialsystems geachtet werden.

Typisch für Schwarzarbeit ist, daß die Nachfrage nach staatlichen Transfer- und Versicherungsleistungen (Soziales, Infrastruktur) gleich bleibt oder sogar steigt, ihre Finanzierungsbasis aber wegen der Ausweitung der Schattenwirtschaft immer schmaler und der Druck zu Steuererhöhungen immer stärker wird. Hohe Arbeitslosenzahlen deuten damit oft nicht auf einen Mangel an Arbeit, sondern auf Fehlallokationen durch das Steuer- und Abgabensystem hin: Die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates durch Besteuerung der wirtschaftlichen Leistung und damit der offiziellen Beschäftigung macht es attraktiv, Leistungen der Besteuerung soweit zu entziehen, daß gerade noch der Zutritt zum Wohlfahrtssystem gewährleistet ist. Steuervermeidung ist dabei vor allem im Bereich der persönlichen Dienstleistungen möglich.

1.5. Deregulierung und Privatisierung

Die Einbeziehung geschützter Sektoren in den internationalen Wettbewerb sollte zu Preissenkungen für Konsumenten und nachgelagerte Unternehmen führen, sie bedeutet allerdings auch eine schmerzhaft Anpassung des Beschäftigungsstands an internationale Konkurrenzbedingungen.

Bei der bevorstehenden Liberalisierung des Energie- und Telekom-Marktes (Wegfall des Leitungsmonopols mit 1.1. 1998) sind kurzfristig auftretende Beschäftigungseinbrüche zu erwarten und daher gegebenenfalls Übergangshilfen vorzubereiten. Insbesondere im Telekommunikations- und Medienbereich zeigen aber ausländische Beispiele, daß die Schaffung von Wettbewerb und die Zulassung zusätzlicher Anbieter langfristig zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können.

Bei der Privatisierung und Restrukturierung von Schlüsselbereichen der österreichischen Wirtschaft ist neben betriebswirtschaftlichen Kriterien auch die Sicherung der strategischen Eigentümerfunktion in Österreich zu beachten, um das Abwandern von für Österreich als Industriestandort relevanten Headquarterfunktionen und Kompetenzzentren zu verhindern (siehe Beiratsstudie „Industriepolitik III“, 1991).

1.6. Globalisierung

Nach gängiger ökonomischer Auffassung bringt die weltwirtschaftliche Integration steigenden Wohlstand für alle. Neue Märkte und wirtschaftliche Kooperationsfelder bieten Chancen für eine Expansion. Die Wohlfahrtsgewinne